

Anlage 1 zu TOP : Beratung Haushaltssatzung 2021/2022 **hier: Stellenplan 2021/2022 Stand 22.03.2021**

Im Entwurf des Haushaltes 2021/2022 ist der Entwurf des amtlichen Stellenplanes mit den Stellenübersichten nach dem Stand 22.03.2021 abgedruckt. Aufgrund personalwirtschaftlicher Entscheidungen sowie Organisationsentwicklungsprozessen haben sich gegenüber der vorläufigen Fassung noch Änderungen ergeben. Auch wurden bereits bis auf wenige Ausnahmen Stellen eingepflegt, für deren Einrichtung entsprechende Ausschussbeschlüsse vorliegen. Der amtliche Stellenplan ist daher in der aktualisierten Fassung vom Stand 22.03.2021 beigefügt (**Anlage 4**). Vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den Rat am 27.04.2021 sind die o.g. Änderungen bereits eingepflegt.

Die Änderungen gegenüber dem Stellenplan 2021/2022 einschließlich der Änderungsbeschlüsse in der Fassung des Ratsbeschlusses vom Dezember 2020 sowie die stellenplanmäßigen zukünftigen Auswirkungen sind in den beigefügten **Anlagen 2 und 3** erläutert.

Der Entwurf des Stellenverzeichnisses 2021/2022 mit der Übersicht über die Stellenbesetzungen ist als **Anlage 5** dem **nichtöffentlichen Teil** der Einladung beigefügt. Im Stellenverzeichnis sind die Planstellen mit den derzeitigen Stelleninhabern in den einzelnen Organisationseinheiten (Ämtern, Abteilungen und Sachgebieten), jeweils sortiert nach den Stellenplannummern, ausgewiesen.

Die aktuelle Organisation der Verwaltung zum Stand 01.05.2021 wurde in Gliederung und Aufgabenzuweisungen in Stellenplan und Stellenverzeichnis eingearbeitet.

Gegenüber den Planstellen im Haushaltsjahr 2019/20 nach dem Stand vom 31.12.2020 (letzter Änderungsbeschluss 15.12.2020) weist der Stellenplan-Entwurf 2021/22 bei den Beamten insgesamt ein Plus von 12 Planstellen und bei den Tarifbeschäftigten in den Entgeltgruppen ein Plus von 2,5 Planstellen aus:

Der Ausschuss für Bürger*innenbeteiligung, Digitalisierung, Beteiligungssteuerung und Verbraucherschutz hat sich in seiner Sitzung am 17.02.2021 für den Ausbau der Digitalisierung in Troisdorf und der Stadtverwaltung positioniert. Das hierfür benötigte Personal soll in einer Stabsstelle IS1 direkt dem Bürgermeister zugeordnet und eine weitere Stelle bei der LuK geschaffen werden, die operativ die Stabsstelle für Umsetzungsprozesse in der Verwaltung unterstützt. Um Digitalisierungsprozesse auch organisatorisch angemessen begleiten zu können, soll die Orga um eine Stelle verstärkt werden.

Im Sozialamt soll eine vom Land in erheblichem Umfang geförderte Stelle (55.000 € Personalkosten- und 10.000 € Sachkostenzuschuss) für die Koordination des kommunalen Integrationsmanagements eingerichtet werden.

Eine neu geschaffene Sachgebietsleiterstelle soll die bisher von verschiedenen Organisationseinheiten wahrgenommenen Aufgaben im Grünflächenmanagement bündeln und somit Synergieeffekte erzielen.

Die bisher nur in Teilzeit ausgewiesene Stelle für das Klimaschutzmanagement wird auf Vollzeit angehoben.

Das Aufgabenportfolio und der Personalbedarf des Amtes für Umwelt- und Klimaschutz soll darüber hinaus organisatorisch betrachtet werden.

Der Zuwachs an Aufgaben für den Ordnungsaußendienst sowohl vor dem Hintergrund der pandemischen Lage als auch der steigenden Anforderungen an Präsenzpflicht und Beratungsbedarf macht eine Aufstockung um zwei weitere Stellen notwendig.

Zur weiteren Umsetzung des Brandschutzbedarfsplans werden 9 zusätzliche Stellen für Ober-/brandmeister*innen eingerichtet, die im Herbst mit Anwärter*innen nach Abschluss ihrer Ausbildung besetzt werden sollen. Die Stärkung der Freiwilligen Feuerwehr – ebenfalls Ausfluss des Brandschutzbedarfsplans - soll durch die befristete Einrichtung einer Projektstelle vorangetrieben werden.

Der Sportbetrieb im Aggerstadion soll durch die Einstellung eines Platzwartes besser unterstützt werden.

Neben diesen Stellenneueinrichtungen wurden Stellenbewertungsergebnisse umgesetzt.

Die Stellen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die zur Durchführung von Projekten bzw. zur vorübergehenden Personalverstärkung in den einzelnen Verwaltungsbereichen eingesetzt sind, werden in der Personalreserve geführt. Die Personalkosten sind in dem entsprechenden Produktbereich veranschlagt.

Auf der Basis dieses Stellenplan-Entwurfs und unter Berücksichtigung der Ist-Besetzung der Planstellen wurde der Ansatz für Personalaufwendungen ermittelt und für 2021 auf 80.408.560 Euro (einschließlich Pensions- und Beihilferückstellungen sowie für Versorgungsaufwendungen) festgelegt. Die Personalaufwendungen für 2022 wurden mit 83.939.030 Euro (einschließlich Pensions- und Beihilferückstellungen sowie für Versorgungsaufwendungen) kalkuliert.

Bei der Aufstellung des Stellenplan-Entwurfs wurde der Personalrat nach dem Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) beteiligt. Der Entwurf wurde ebenfalls der Gleichstellungsbeauftragten vorgelegt.

Auswirkungen der anliegenden Stellenplanänderungen auf den Haushalt (in den o.g. Personalaufwendungen bereits enthalten)

Alle Veränderungen sind in der Ihnen vorgelegten Veränderungsliste enthalten.

Haushaltsjahr 2021	Einsparungen	€
	Mehrausgaben	640.150 €
Haushaltsjahr 2022	Einsparungen	0 €
	Mehrausgaben	976.700 €

Die **Anlage 6** enthält eine Übersicht der Stellen-/Personalkostenveränderungen, die in Ausschüssen bereits thematisiert worden sind.